

II- 9779 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

Nr 4869 1J

des Nationalrates XVII. Gesetzgebung, 1. Sitzung

1990 -01- 2 4

A n f r a g e

der Abgeordneten Vetter
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen betreffend Beseitigung des
Personalmangels im Bereich Zollwache (Bezirk Gmünd, NÖ).

Auf Grund der bereits erfolgten Reiseerleichterungen in die
CSSR und aus der CSSR weist die Reisefrequenz bei den drei ge-
nannten Zollämtern des Bezirkes Gmünd folgende Entwicklung auf:

	<u>Dez.1989</u>	<u>Dez.1988</u>
Zollamt Gmünd	98.409 Pers. 16.781 Kfz.	269 Pers. -
Zweigstelle Bahnhof	27.199 Pers.	6.729 Pers.
Zweigstelle Neu-Nagelberg	89.729 Pers. 14.934 Kfz.	3.833 Pers. 2.766 Kfz.
Zollamt Grametten	75.318 Pers. 18.766 Kfz.	1.218 Pers. 612 Kfz.

Im Zeitraum vom 1.1. bis 7.1.1990 ergab sich folgende Frequenz

Zollamt Gmünd	11.176 Pers.	2.430 Kfz.
Zweigstelle Neu-Nagelberg	6.500 Pers.	1.850 Kfz.
Zollamt Grametten	6.500 Pers.	2.100 Kfz.

Diese erfreuliche Entwicklung - ab der wärmeren Zeit mit Sicher-
heit noch mit zunehmender Tendenz - bringt besondere Probleme
mit sich.

Der bisherige Dienstpostenplan der Zollwache war logischerweise
in den letzten vier Jahrzehnten auch unter dem Aspekt des "Eiser-
nen Vorhanges" erstellt worden.

Die zuletzt eingetretene Entwicklung und die zu erwartende zuneh-
mende Tendenz erzwingt ein Überdenken dieser Personalsituation.

-2-

Derzeit sind Beamte der Streifenabteilungen den Zollämtern als Aushilfe zugeteilt. Dadurch wird aber der Streifendienst vernachlässigt und die offene Grenze ist daher zum Teil nur mehr mangelhaft kontrolliert und überwacht. Daher sind auch bereits unerlaubte Übertritte an der Grenze feststellbar.

Zur vollen Aufrechterhaltung der gesetzlichen Aufgabenstellung - Grenzüberwachung und Grenzkontrolle - sind daher zusätzliche Beamte notwendig. Allein im Bezirk Gmünd, NÖ, soll ein zusätzlicher Bedarf von mehr als 30 Beamten dienstintern festgestellt worden sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, mit dem Herrn Bundesminister für Gesundheit und Öffentlicher Dienst sofort Verhandlungen zur Beseitigung des aufgezeigten Personalmangels aufzunehmen?
- 2.) Bestehen im Bereich der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland interne Umschichtungsmöglichkeiten?
- 3.) Wie kann nach Ihren Vorstellungen in Zukunft bei voller Beachtung der gesetzlichen Aufgaben ein ordentlicher Dienstbetrieb aufrecht erhalten werden?